Stand: 15.12.2025 19:32:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13307

"Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren - Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13307 vom 12.10.2016
2. Beschluss des Plenums 17/13407 vom 13.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.10.2016 **Drucksache 17/13307**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren – Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

– gedenkt mit Respekt des opfervollen ungarischen Aufstandes vor 60 Jahren, in dem sich das Volk gegen ein autoritäres Regime erhob, um für sich Freiheit und Demokratie zu erkämpfen und infolge von dessen Niederschlagung 200.000 Ungarn als Flüchtlinge Zuflucht in Nachbarländern fanden,
– erinnert in großer Dankbarkeit an Ungarns großen, geschichtlichen Beitrag zum Fall des Eisernen Vorhangs, zur Überwindung der Teilung unseres Kontinents und zur Vereinigung Deutschlands,
– und würdigt die viele Jahre lang bereichernde Mitgliedschaft der ungarischen Demokratie in der Europäischen Union.

Gleichzeitig verfolgt der Landtag mit großer Sorge, dass diese geschichtlichen Verdienste für die europäische Demokratie und Einigung derzeit von einer rechtspopulistischen Regierung schrittweise konterkariert und Ungarn systematisch zu einer „illiberalen Demokratie“, faktisch einem nationalistischen autoritären System umgebaut wird.

Diese Politik verstößt in eklatanter Weise gegen die verbindlichen Grundwerte der Europäischen Union, die in Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union für alle Mitglieder verbindlich formuliert sind. Dazu zählen: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.

Der Landtag stellt fest:

Es verbietet sich daher grundsätzlich, dem Urheber einer rechtspopulistischen/autoritären, auf Schwächung der EU zielenden und auf neuerliche Spaltung Europas hinauslaufenden neonationalistischen Politik im Parlament des Freistaates Bayern eine Bühne zu bieten. Der Bayerische Landtag ist kein Ort, an dem – unter dem Vorwand, der Helden und Opfer des Freiheitskampfes von 1956 zu gedenken – Propaganda gegen die europäische Integration gemacht werden darf. Er verbietet sich auch als Ort äußerer Einmischung in die deutsche Innenpolitik oder provokanter Schützenhilfe bei der parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen CSU und CDU.

Der Landtag bewertet den Auftritt des gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten im Maximilianeum Seit an Seit mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten im Parlament deshalb als unangemessen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

sich bei ihren internationalen Beziehungen künftig stärker von Grundwerten der EU, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung leiten zu lassen und diese bei Staatsgeschäften nicht mit parteipolitischer Nähe zu autoritären Figuren wie Victor Orban oder Europahasardeuren wie David Cameron zu verwässern. Das schließt einen sichtlich unkritischen Umgang mit internationalen Gesprächspartnern aus, erst recht, sie als Staatsgäste regelrecht zu hofieren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.10.2016 **Drucksache** 17/**13407**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**13307**

Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren – Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Franz Rieger
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Margarete Bause
Staatsminister Dr. Marcel Huber

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren - Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag! (Drs. 17/13307)

Tut mir leid, Herr Kollege, dass noch nicht so viele da sind, und zwar auf allen Seiten des Hauses.

(Markus Blume (CSU): Macht nichts!)

Aber wir sind deutlich in der Zeit. Hauptsache, Sie sind da. Ich eröffne die Aussprache. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gemeinsame Auftritt des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit Herrn Seehofer ausgerechnet im Senatssaal des Bayerischen Landtags ist für die SPD-Fraktion Anlass, die Europapolitik der Staatsregierung und der sie tragenden Fraktion infrage zu stellen. Dieser Auftritt von Herrn Orbán hat mehrere Komponenten: Unser Selbstverständnis als Parlamentarier des Hohen Hauses ist betroffen. Es gibt selbstverständlich die europapolitische Komponente, die es zu bewerten gilt. Es gibt auch eine innenpolitische – bayerische – Sicht auf diese enge Freundschaft mit dem ungarischen Autokraten und Europa-Zerstörer.

Vorab, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir, die SPD-Fraktion, sind verwundert und irritiert, dass ausgerechnet dem ungarischen Autokraten und Europa-Zerstörer im bayerischen Herzen von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, im bayerischen Parlament, am kommenden Montag ein Forum geboten werden soll.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Pfui!)

Wir, die SPD Landtagsfraktion, hatten uns beschwert. Die Antwort der Landtagspräsidentin stellt uns alles andere als zufrieden. Darin heißt es, der Bayerische Landtag sei ein offenes Haus. Natürlich stehe es auch Generalkonsulaten offen, Veranstalter im Bayerischen Landtag zu sein.

Nun könnte man Kurt Tucholsky zitieren oder Edmund Stoiber oder Franz Josef Strauß, die der Auffassung waren – –

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Keine Beleidigungen, bitte!)

– Er wurde auch von zwei CSU-Politikern zitiert. – Wenn von "offenem Landtag" die Rede ist, dann muss man schon die Frage stellen, ob in diesem Zusammenhang nicht das zutrifft, was Tucholsky einst gesagt haben soll: "Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein."

(Beifall bei der SPD)

Wäre dieser Satz nicht eine Polemik, würden wir ihn uns zu eigen machen.

Sollen nach dem Prinzip der unkritischen Offenheit künftig womöglich auch Staatschefs aus Weißrussland, Usbekistan und Simbabwe im Landtag auftreten dürfen, wenn deren diplomatische Vertretungen dies begehren?

(Josef Zellmeier (CSU): Ungarn ist EU-Staat! Orbán ist demokratisch gewählt!)

Sollen nach dem Prinzip der unkritischen Offenheit künftig auch rechtsnationale, rechtsextreme Gruppierungen aus Bayern und ganz Deutschland, etwa die AfD oder ein ihr nahestehender Verein, den Landtag für ihre Zwecke missbrauchen dürfen?

(Josef Zellmeier (CSU): Ihre Rede ist völlig unpassend!)

Ich habe den Eindruck, hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Aus dem Büro der Landtagspräsidentin erhalten die Oppositionsfraktionen nämlich Anrufe, wenn eine ge-

meinsame Pressekonferenz mit Vertretern der Linkspartei zum Bayerischen Integrationsgesetz geplant ist. Dann heißt es, deren Vertreter seien hier nicht erwünscht; schließlich sei diese Partei außerparlamentarisch. Vor solche Versuche müsse man ein Stoppschild setzen; das gehe gar nicht. Aber bei Europas im Moment schlimmstem Autokraten sagt man: Herzlich willkommen! Der Bayerische Ministerpräsident und Herr Orbán wollen gemeinsam eine Veranstaltung durchführen. – Was ist das für ein Maßstab, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU? Ist das Ihr Selbstverständnis?

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Herr Orbán ist demokratisch gewählt!)

Wir sagen, der Bayerische Landtag ist für die demokratische Öffentlichkeit natürlich offen. So soll das sein. Aber er ist keine politische Event-Agentur und keine Agentur politischer Beliebigkeit. Wenn es heißt, man dürfe im Landtag sogar heiraten, Hochzeitsaktivitäten veranstalten, dann weiß ich nicht, ob ich Herrn Orbán und Herrn Seehofer bedauern oder ihnen gratulieren soll. Das, was hier stattfinden soll, ist für uns jedenfalls keine Traumhochzeit.

(Beifall bei der SPD – Dr. Hans Reichhart (CSU): Pure Heuchelei!)

Die SPD-Fraktion legt Wert auf die Feststellung, dass unser Parlament nicht der Schauplatz einer überaus fragwürdigen nationalkonservativ-autoritären Europapolitik sein darf. Unsere Fraktion legt deshalb gegen die geplante Veranstaltung Protest ein. Die Putinisierung Ungarns, die Orbánisierung Europas im Bayerischen Landtag zu feiern, entbehrt jeglicher geschichtlicher Sensibilität, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

So sehr der 60. Jahrestag des Ungarnaufstandes 1956 für Demokraten in Europa Anlass zur Erinnerung ist, so sehr verbietet es sich, ausgerechnet den Mann in das Parlament des demokratischen – liberalen! – Freistaates Bayern einzuladen, der dabei ist, Ungarn in eine "illiberale Demokratie" umzubauen. So formuliert es Orbán in seinen

Reden selbst. Er redet von "illiberaler Demokratie", in der Freiheit also keine Rolle spielt. Es ist völlig unverständlich, dass ausgerechnet er nun im Bayerischen Landtag auftreten soll.

Bei dem Besuch des Fraktionsvorstands der SPD in Budapest in der vergangenen Woche waren wir im Dialog mit NGOs, kritischen Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft. Uns wurde dabei mehrfach dargestellt, dass sich Viktor Orbán und sein Familienclan den ungarischen Staat regelrecht zur Beute machen. Wenn wir Herrn Orbán im Bayerischen Landtag einen roten Teppich ausrollen, fallen wir genau jenen in den Rücken, die sich im Moment in Ungarn für Freiheit, für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Dafür sollten wir den Bayerischen Landtag nicht hergeben.

(Beifall bei der SPD)

Viktor Orbán selbst nennt Herrn Erdogan und Herrn Putin als politische Vorbilder für sich selbst in seinem Leben. In Europa ist er vor allem in klassischen Diktaturen zu Gast, in Kasachstan und anderswo. Dort begrüßte er auf dem Flughafen die Journalisten mit den Worten: Hier fühle er sich viel wohler als in Brüssel; Brüssel sei das Moskau des 21. Jahrhunderts. Er stellte die Kommunisten der Sowjetunion im 20. Jahrhundert mit der Brüsseler EU-Verwaltung auf eine Stufe.

Im Parlament in Budapest gibt es keine einzige Europafahne mehr, weil die rechtsextreme Partei Jobbik im Jahr 2014 die Fahnen abgenommen und aus dem Budapester Parlament geworfen hat. Als die Saaldiener die Europafahne draußen von dem Asphalt aufgehoben haben, kamen die Abgeordneten der rechtsextremen Partei und haben diese Fahne dann im Budapester Parlament in der Toilette versenkt. Aus Ihrer Sicht mögen das nur symbolpolitische Petitessen sein.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Was hat denn das mit Herrn Orbán zu tun?)

– Das hat sehr viel mit Herrn Orbán zu tun, weil er mit dieser Partei koaliert und jetzt mithilfe der Rechtsextremen eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung in

Ungarn erreichen will, die den symbolischen Titel trägt: Ausländer sind bei uns nicht willkommen. Das ist das Problem. Die CSU pflegt ihre Freundschaft mit Herrn Orbán bereits seit vielen Jahren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Skandal!)

Herr Seehofer hat mit keinem anderen Regierungschef in Europa oder in der Welt so häufige, freundschaftliche und intensive Kontakte gepflegt wie mit ausgerechnet diesem Autokraten. Uns ist bekannt, dass die CSU den ungarischen Ministerpräsidenten trotz seiner Verstöße gegen den EU-Vertrag und gegen die Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit regelrecht hofiert hat, zum Beispiel bei Empfängen im frühklassizistischen Prinz-Carl-Palais, in Wildbad Kreuth, im Kloster Banz, beim CSU-Parteitag, beim Geburtstag von Edmund Stoiber und bei anderen Gelegenheiten.

Dieser Viktor Orbán, der im Moment gegen Freiheit, gegen Demokratie und gegen Europa vorgeht, ist Träger des Franz-Josef-Strauß-Preises, der von der Hanns-Seidel-Stiftung Persönlichkeiten verliehen wird, die sich in herausragender Weise für Frieden, Freiheit, Recht, Demokratie und internationale Verständigung einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bedauern es sehr, dass Sie sich aus schnöden innenpolitischen Erwägungen heraus dafür hergeben, der Kanzlerin wieder eins auszuwischen; denn Viktor Orbán ist ihr größter Widersacher im europäischen Gefüge. Sie wollen sich wieder als Daueropposition gegen die Bundesregierung stellen, der Sie eigentlich selbst angehören. Sie schaden damit Bayern, Deutschland und dem europäischen Gedanken.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Ich greife jetzt gerne den Einwurf aus der CSU-Fraktion auf: Herr Rinderspacher, wir müssen doch auf internationaler Ebene in einem permanenten Gedankenaustausch sein. Das Prinzip "Wandel durch Annäherung" stammt doch von der SPD. Wir erinnern uns an Egon Bahr und Willy Brandt. Sie werden uns vorhalten, Bundesaußenminister

Steinmeier und Vizekanzler Gabriel waren doch auch bei Putin, im Iran und in Saudi-Arabien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gibt es einen maßgeblichen Unterschied: Die SPD führt einen kritischen Dialog. Die SPD spricht Meinungsverschiedenheiten und die Notwendigkeit von Änderungen und des Wandels offensiv an. Bei Ihnen kann jedoch von einem Wandel durch Annäherung überhaupt keine Rede sein, insbesondere nicht mit Blick auf Herrn Orbán. Bei Ihnen handelt es sich um eine Kumpanei durch Anbiederung. Ihnen geht es um europäische Anleihen bei falschen Freunden.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum letzten Punkt meiner Einlassung, nämlich zur innenpolitischen Bedeutung. Es ist schlimm genug, dass Sie diesen Autokraten immer wieder hofieren. Noch schlimmer aber ist, dass Sie seine Politik in Bayern übernehmen. Kurz nachdem Ungarn einen Schutzwall gegen Migration aufbaute, forderte Herr Söder, einen Zaun um Bayern zu ziehen. Ungarn führte vor eineinhalb Wochen ein Referendum gegen Migration in Europa und gegen die Migration im eigenen Land durch. Dieses Referendum ist übrigens gescheitert. Herr Söder will nun auch in Deutschland Volksabstimmungen über die Flüchtlingspolitik durchführen. Herr Orbán sagt, in seinem Land dürfe es allenfalls nur noch christliche Zuwanderung geben. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird in einem Positionspapier auf einer CSU-Klausurtagung stehen, in Bayern dürfe es nur noch christliche Zuwanderung geben.

Die Staatsregierung übernimmt die Sprache des europäischen Rechtspopulismus und ihres besten Freundes Viktor Orbán. Die Zuwanderung soll nur noch Christen erlaubt sein. In Ihrem jüngsten Papier heißt es in bester Orbán'scher Manier: Asyl ist kein Freibrief, um in Deutschland kriminell zu werden. Damit bringen Sie zum Ausdruck, Asylanten stünden immer ein wenig unter dem Generalverdacht, Kriminelle zu sein. Sie schreiben in bester Orbán'scher Manier: In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Damit deuten Sie an, dies sei keine pure politische Selbstverständlichkeit, sondern es gebe politische Gruppierungen bis hin zur Kanzlerin, die die Scha-

ria gegebenenfalls in Deutschland dulden würden. Warum sonst würden Sie so etwas schreiben?

Sie attackieren den öffentlich-rechtlichen Rundfunkjournalismus, wie das auch in anderen Ländern in Europa der Fall ist. Es gibt eine neue Sprache des Von-oben-herab gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten. Soziale Missstände und Kriminalität werden durch ethnische oder kulturelle Besonderheiten zu erklären versucht. Das kennen wir aus Frankreich von Frau Le Pen, das kennen wir von Herrn Wilders in Holland, das kennen wir von Herrn Kaczynski in Polen, und das kennen wir insbesondere auch von Herrn Orbán in Ungarn. Und er ist Ihr bester Freund.

Meine Damen und Herren, ich sagen Ihnen, aus einem liberalen, weltoffenen Bayern der guten Nachbarschaft wollen Sie ein Stück weit ein anderes Land machen, nämlich einen nationalistischen Bevormundungsstaat der Angst, des Misstrauens und der Missgunst. Offensichtlich ist das Ihr Vorbild für Europa und Bayern. Warum hofieren Sie sonst ausgerechnet diesen Mann immer und immer wieder?

Ich denke, Sie sollten sich eher ein Beispiel an unserem ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler nehmen, der in seiner bemerkenswerten Rede im Sommer 2009 vor dem ungarischen Parlament dargestellt hat, was Europa eigentlich für uns bedeuten sollte: Die EU ist aufgebaut "auf Mündigkeit statt Bevormundung, auf Selbstverantwortung statt Gängelei und auf Solidarität statt nationalem Egoismus". Und er fügte hinzu: "Widerstehen wir der Versuchung, Europa als Sündenbock zu missbrauchen ...?" Das sollte eigentlich die Politik sein, die wir hier im Bayerischen Landtag gemeinsam vertreten. Nehmen Sie Abstand von diesen falschen Freundschaften zu den Autokraten Europas.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rinderspacher. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Rieger. Bitte schön, Herr Dr. Rieger.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rinderspacher, eingangs möchte ich Ihnen ganz direkt etwas sagen. Ich finde diese Empörung, die Sie hier und heute zur Schau tragen, erstaunlich und vor allem heuchlerisch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie gerieren sich hier völlig unnötig als letztes Bollwerk einer bedrohten europäischen Demokratie, wo es doch gerade um eine Veranstaltung zu Ehren des demokratischen Freiheitskampfes des ungarischen Volkes geht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist Orbán? Wie soll das demokratisch sein? – Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Herr Kollege Rinderspacher, wir haben Sie doch auch reden lassen. Lassen Sie mich doch meine Erklärung abgeben. Sie instrumentalisieren diese Veranstaltung, um das Hohe Haus zu kritisieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Orbán als Freiheitskämpfer! Das ist Ihr Bild!)

Gleichzeitig finden Sie kein kritisches Wort – ich habe zumindest keins gehört –, wenn Ihr eigener Vorsitzender, der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Gabriel den ägyptischen Putschdiktator as-Sisi, der die Menschenrechte mit Füßen tritt, einen beeindruckenden Präsidenten nennt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich dachte, der Unterschied zwischen ihm und as-Sisi wäre Ihnen bekannt!)

– Herr Rinderspacher, das möchte ich Ihnen gerne in Erinnerung rufen. Wenn Sie sich der demokratischen Idee so sehr verpflichtet fühlen, hätte ich zumindest erwartet, dass Sie sich über diese Aussage Ihres eigenen SPD-Vorsitzenden in gleicher Weise empören.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was sagen Sie denn nun zu Orbán? Das möchte ich gerne wissen! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darf ich jetzt einmal reden, Frau Präsidentin?

Bei einer einzelnen Veranstaltung, auf deren Inhalt und Gestaltung der Bayerische Landtag überhaupt keinen Einfluss hat,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

regen Sie sich auf, aber zu den essenziellen Dingen – siehe Ihr eigener Parteivorsitzender –, wo es wirklich um Demokratie geht, kommt nichts.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Herr Rinderspacher, das zur Vorbemerkung.

Nun zu Ihrem Antrag. Die Veranstaltung am 17. Oktober, über die wir hier sprechen, ist eine Veranstaltung des ungarischen Generalkonsulats

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir!)

zu Ehren und zur Erinnerung an das 60. Jubiläum der Revolution und des Freiheitskampfes vom 23. Oktober 1956.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht sagen Sie jetzt etwas zur Politik von Herrn Orbán! Das wäre mir wichtig!)

Das Ausmaß an Mut und Opferbereitschaft, das das ungarische Volk damals aufgebracht hat, muss alle Demokraten zutiefst beeindrucken.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Orbán ist für Sie ein lupenreiner Demokrat? – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie würdigen dies auch – da sind wir uns einig – zu Recht in den ersten Absätzen Ihres Antrags. Wir werden diesen Antrag aber trotzdem ablehnen,

(Andreas Lotte (SPD): Überraschung!)

weil die folgenden Absätze den notwendigen Respekt sowohl vor dem ungarischen Volk als auch vor diesem Hohen Hause vermissen lassen.

(Lachen bei und Zurufe von der SPD)

Gerade in einer Zeit – darüber sollten Sie vielleicht einmal in europapolitischer Hinsicht etwas nachdenken –, in der wir viele große Probleme europaweit nur unter Einbeziehung aller Mitgliedstaaten lösen können, kann es nicht in unserem Interesse sein, einzelne Staaten zu isolieren oder gar auszugrenzen.

Viktor Orbán ist der demokratisch gewählte Vertreter eines wichtigen EU-Staates und eines NATO-Partners.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ein Autokrat! Ein ganz gefährlicher Mensch für Europa!)

Der Respekt vor demokratischen Entscheidungen gebietet es, unseren ungarischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit zu geben, an ein wichtiges Ereignis ihrer Geschichte zu erinnern und dazu auch ihren Ministerpräsidenten einzuladen. Der Bayerische Landtag ist seit jeher ein offenes Haus und soll es auch in Zukunft bleiben.

(Zuruf von der SPD)

Daher freuen wir uns nicht nur über die Besuche von Bürgerinnen und Bürgern, die sich über unsere Arbeit informieren, sondern ermöglichen es auch externen Veranstaltern, wie dem ungarischen Generalkonsulat oder auch anderen Konsulaten, die Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen zu nutzen. Dass Sie durch eine solche Veranstaltung gleich die europäische Demokratie in Gefahr sehen, wie Sie es in der Überschrift Ihres Antrags andeuten und auch heute ausgeführt haben, kann ich bei bestem Willen nicht nachvollziehen.

Zum einen blickt der Landtag ganz stolz auf seine lange, demokratische Geschichte zurück. Zum anderen entscheiden wir hier tagtäglich über wichtige Weichenstellungen für die Menschen in Bayern. So viel Einfluss, dass wir mit einer einzigen Veranstaltung gleich ganz Europa ins Wanken bringen, haben wir aber wohl nicht, auch wenn ein derart bestimmender Einfluss Bayerns auf Europa bei der Lösung der zahlreichen aktuellen Probleme manchmal wünschenswert wäre.

(Zurufe von der SPD)

Die Einzelheiten über die Vorgeschichte und den Charakter dieser Veranstaltung – Sie haben den Antwortbrief der Landtagspräsidentin ja erhalten – hat Frau Präsidentin bereits ausführlich klargestellt. Ich brauche das an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Ich glaube, zu diesem Thema ist insoweit alles gesagt. Es steht jedem frei, sich seine Meinung über die ungarische Politik zu bilden. Klar ist aber auch: Der Demokratie schadet es am allermeisten, wenn man nicht miteinander spricht oder andere ausgrenzt oder hier irgendetwas heuchlerisch vorträgt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Rieger. – Nächste Wortmeldung: Dr. Fahn. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei den Kollegen der SPD, dass sie dieses in Bayern pikante Thema heute in Form eines Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung gesetzt haben. Es ist wichtig, darüber zu diskutieren, was unsere Demokratie aushalten muss und wo wir einen Riegel vorschieben müssen. Wir wissen um die besondere Lage in Ungarn und um den machtbesessenen Ministerpräsidenten, der auch keinen Halt vor dem ungarischen Verfassungsrecht macht, um seinen Willen durchzusetzen. Wir wissen auch um die Bevölkerung in Ungarn, die ihm zu zwei Dritteln den Rücken für seinen Kurs stärkt.

Zur Situation in Ungarn ist von Herrn Rinderspacher schon etwas gesagt worden. Um die Rechtsstaatlichkeit und um die Grundrechte ist es in Ungarn nicht gut bestellt. Ich darf daran erinnern, dass gerade aufgrund dieser Situation sich die auch von der CSU getragene Bundeskanzlerin Angela Merkel genötigt sah, die im Elend vegetierenden Flüchtlinge in Budapest nach Deutschland einzuladen. Insofern war die ungarische Politik damals vor einem Jahr auch eine Fluchtursache, die es zu bekämpfen galt.

Es ist Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet unser CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer den Fluchtverursacher Orbán so hofiert. Er hebt ihn sozusagen in den Himmel. Das passt ja auch gut. Bayern ist laut Ministerpräsident Seehofer die Vorstufe zum Himmel oder zum Paradies. Während Orbán in den meisten europäischen Ländern relativ frostig empfangen wird, ist der Empfang in Bayern herzlich. Hier heißt es dann: "Unser lieber Viktor!" oder "zu Gast bei Freunden" oder "gemeinsam gegen Merkel".

Sehen wir uns die Realität an. Wir wissen um die prekäre Situation, was in Ungarn das Recht der freien Meinungsäußerung angeht, die Freiheit von Wissenschaft und Lehre oder auch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Einschränkungen und Beschränkungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, des Rechtes auf Gleichbehandlung, der Rechte von Angehörigen von Minderheiten einschließlich der Roma oder Homosexueller, der Funktionsweise des Verfassungssystems, der Unabhängigkeit der Justiz und vieles mehr, alles das ergibt für Demokraten ein alarmierendes Bild. Es ist das Ungarn vom Jahre 2016. Nichts ist mehr zu spüren von der langersehnten Rückkehr nach Europa, wie sie Václav Havel damals beschrieb, einer Rückkehr zu unserem westlichen Wertekanon.

Die Partnerschaft Orbáns zu Putin soll vertieft werden, und gleichzeitig werden die Ukraine und die NATO kritisiert und brüskiert. Dass in Ungarn etwas schiefläuft, ist Fakt. Damit musste sich auch schon der Europäische Ministerrat beschäftigen. Umso wichtiger wäre es, wenn die CSU bei diesem Festakt das notwendige Fingerspitzengefühl

nicht vermissen lassen würde. Es ist wichtig, dass sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgeht.

Wie der Sachverhalt aussieht, hat Herr Rieger insgesamt schon dargelegt. Die Genehmigung war da. Damals, als die Genehmigung kam, war noch keine Rede von Viktor Orbán als Gast. Der Vorgang als solcher ist zunächst unproblematisch und nicht zu kritisieren. Wenn sich Orbán nun aber plötzlich als Regierungschef seines Landes ankündigt, darf der Landtag nicht schweigen und muss es diskutieren. Der Bayerische Rundfunk formulierte es so: Hier wurde uns ein Kuckucksei ins Nest gelegt.

Meine Damen und Herren, die meisten Punkte im Antrag der SPD können wir mittragen. Aber bei einem Punkt haben wir Dissens. Es geht um die Passage, in der es heißt, dass es sich verbietet, Viktor Orbán hier im Landtag reden zu lassen.Wir sagen: Der Landtag ist ein offenes und transparentes Haus. Ungarn ist nicht Nordkorea, vielmehr ist es ein Land, das zur EU gehört. Darin besteht möglicherweise der große Unterschied.

Wenn wir hier anfangen, auf der einen Seite den Dialog und die diplomatischen Gepflogenheiten zu Ungarn zu verbessern und auf der anderen Seite auf eine Abschottung hinzuarbeiten, wäre das sicher kontraproduktiv. Dann könnte nämlich wieder die Retourkutsche von Ungarn kommen. Um hier angemessen vorzugehen, haben wir zwei Vorschläge.

Erstens. Zunächst müssen wir Herrn Seehofer als unseren Ministerpräsidenten sowie alle Teilnehmer aus unseren Reihen in die Pflicht nehmen, das Treffen, das hier stattfinden wird, mit der notwendigen kritischen Einstellung zu begleiten. Ich will nach dieser Veranstaltung keine Schlagzeilen mit dem Tenor lesen, dass sich die Funktionäre unseres Hauses oder der Staatsregierung politisch auf die Position von Orbán begeben, um so ein Zeichen für eine bayerische Opposition gegenüber Angela Merkel setzen.

Wenn hier jemand dem ungarischen Ministerpräsidenten eine Bühne bieten wird, dann ist das nicht etwa der Landtag, sondern das ist allein die CSU. Genau das sehen wir sehr kritisch. Wir erwarten daher, dass Herr Ministerpräsident Seehofer in der geplanten Festrede die notwendige Kritik an Ungarn zum Ausdruck bringt. Herr Ministerpräsident – er ist nicht anwesend –, mahnen Sie die Rückkehr Ungarns in das europäische Wertesystem an. Das ist wichtig; dahin müssen wir zurückkommen. Darum fordern wir Sie auf: Mahnen Sie die Rückkehr in das europäische Wertesystem an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Staatsminister Dr. Marcel Huber: Es ist schwierig, wenn man mit denen nicht mehr redet! – Zurufe von der SPD: Wenn, dann! – Reden und wirklich machen ist ein Unterschied!)

– Wenn, dann, ja.

Zweitens. Setzen Sie sich auch für Transparenz bei dieser Veranstaltung ein. Es war zu lesen, dass hierzu überhaupt keine Presse eingeladen worden war und über das Ganze gar nicht berichtet werden sollte. Das soll sich jetzt wohl ändern.

Wir wollen beispielgebend für eine liberale Demokratie sein, in der sich jeder Bürger frei entfalten und auf den Schutz der Grundrechte setzen kann und in der er seine Meinung gleichberechtigt äußern darf. Sorgen Sie dafür, dass sich diese Veranstaltung nicht dem Vorwurf aussetzen muss, dabei sei zu wenig Öffentlichkeit hergestellt!

Das sind unsere zwei Bedingungen für die geplante Veranstaltung, und unter diesen Voraussetzungen könnten wir es verantworten, dass der Landtag zur Bühne eines partnerschaftlichen Dialogs wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Obwohl Sie nicht eingeladen sind!)

Sie werden sich daran messen lassen müssen. Der Ball liegt jetzt bei der CSU. Wir werden das Geschehen jedenfalls genau beobachten.

Dem Antrag der SPD können und werden wir nicht zustimmen. Wir werden uns jedoch enthalten, weil die Kritik, die in dem Antrag geäußert wurde, insgesamt richtig ist. Unsere Hoffnung setzen wir in die genannten Punkte: Rückkehr zum europäischen Wertesystem, völlige Transparenz, Berichterstattung in der Presse. Dann werden wir das Ganze noch einmal beurteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. Ich möchte noch anmerken, dass sich der Herr Ministerpräsident für diese Plenarsitzung entschuldigt hat. Immerhin ist ja der Staatskanzleichef anwesend. – Als nächster Rednerin gebe ich jetzt der Kollegin Bause das Wort. Bitte schön, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Ungarn hat den ersten Stein aus der Mauer geschlagen" – mit diesen Worten hat Helmut Kohl den Beitrag Ungarns zum Fall der Mauer im Jahr 1989 beschrieben. Er hatte recht; denn Ungarn hatte nicht nur seit dem Frühjahr 1989 damit begonnen, den Grenzzaun zu Österreich abzubauen; nein, das Land hatte noch etwas viel Unerhörteres getan: Auf Betreiben des Reformers Imre Pozsgay war Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten. Wer nun nach Ungarn geflohen war – und das waren in jenem Jahr viele Tausende DDR-Bürgerinnen und –bürger –, der konnte nicht mehr einfach abgeschoben werden. Schließlich standen die Flüchtlinge unter dem Schutz der Genfer Konvention.

Durch die mutige Politik der damaligen ungarischen Regierung wurde nicht nur die deutsche Wiedervereinigung möglich, sondern auch die Spaltung Europas konnte überwunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gemeinsame Europa als politischer Raum, der auf Werten wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte aufbaut, war die Folge der ungarischen

Politik im Jahr 1989. Unser Land sowie ganz Europa schuldet diesen mutigen ungarischen Politikern Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schreiben jetzt das Jahr 2016. Der Unterschied zwischen der damaligen ungarischen Regierung und der jetzigen könnte größer nicht sein. Damals waren es Politiker, die sich mutig für die Freiheit entschieden haben, die es ermöglicht haben, dass Menschen frei reisen und frei ihre Meinung sagen können, und die das Land in die Demokratie geführt haben.

Heute ist es eine Regierung, die das Land abschottet, die die Flüchtlinge eher wie Vieh als wie Menschen behandelt, die die Kulturschaffenden auf das Nationalgefühl verpflichtet und die Kritik an der Politik der Regierung pauschal als "unpatriotisch" verunglimpft. Was das in Ungarn bedeutet, wissen einige von Ihnen ganz sicher. Das bedeutet nämlich, dass diese Kritiker in Ungarn in Lebensgefahr schweben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist eine Regierung, die die Pressefreiheit erstickt und die unliebsame Medien zum Schweigen bringt, wie erst kürzlich die Zeitung "Volksfreiheit", die größte unter den noch verbliebenen regierungskritischen Medien, eine Regierung, die Europa nicht mehr als Wertegemeinschaft, sondern bestenfalls noch als Freihandelszone begreift.

Die treibende Kraft hinter all diesen Entwicklungen heißt Victor Orbán. Seine Politik ist durchdrungen von nationalistischem und autoritärem Denken. Er führt sein Land knapp drei Jahrzehnte, nachdem es sich von der kommunistischen Diktatur befreit hat, in eine neue Unmündigkeit. Genau dieser Victor Orbán ist – ebenso wie sein Bruder im Geiste Wladimir Putin – anscheinend einer der wichtigsten Partner der CSU-Staatsregierung.

Das nächste Kapitel dieser unglückseligen Geschichte schlägt nun Herr Seehofer auf, und zwar bei einem Festakt zum Gedenken an den Ungarn-Aufstand, genau hier im

Bayerischen Landtag. Ich finde, es ist schon zynisch genug, wenn Orbán selbst die Freiheit mit Füßen tritt und hier derer gedenkt, die im Kampf für die Freiheit ihr Leben gelassen haben. Seinerzeit sind rund 2.500 Menschen in den Kämpfen umgekommen. Unerträglich wird es, wenn ihm der Bayerische Ministerpräsident in dieser Politik auch noch zur Seite springt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, man kann und sollte mit Victor Orbán reden, aber man muss als demokratischer Politiker die Werte unserer Verfassung und die Werte unseres freiheitlichen Europas klar und unmissverständlich benennen. Man muss seine Kritik an diesem Maßstab kritisieren und sich auf die Seite der Meinungsfreiheit, der Menschenrechte und der Menschenwürde stellen. Das ist die Aufgabe eines bayerischen Ministerpräsidenten!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

So, wie Herr Seehofer bisher aufgetreten ist, fällt er den Menschen in Ungarn in den Rücken, die sich für Freiheit, für Menschlichkeit, für Menschenrechte und für die Demokratie einsetzen. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir leben mit Ungarn in einem gemeinsamen Europa. Es geht uns eben etwas an, wenn in unserer Nachbarschaft eine Demokratie Stück für Stück einfach verschwindet und in einen autoritären Staat umgewandelt wird.

Bei Ihren bisherigen Treffen mit Herrn Orbán ging es gerade nicht um Freiheit, um die Menschenrechte, um die europäischen Werte. Es ging Ihnen um ein Geschäft zum gegenseitigen Nutzen; man auch kann sagen: Es ging Ihnen um einen schmutzigen Deal. Sie haben deutlich gemacht, dass Herr Orbán in Deutschland Verbündete hat. Die CSU-Regierung konnte Orbán gut benutzen als Kronzeugen gegen die eigene Bundeskanzlerin. Das nenne ich einen schmutzigen Deal zum Schaden der Menschen, die für die Meinungsfreiheit kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte Ungarn im Jahr 1989 so engstirnig gedacht, dann würde heute möglicherweise immer noch eine Mauer durch Europa gehen. Die Lehre aus der europäischen Geschichte ist doch, dass Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht von selbst kommen. Sie müssen politisch erkämpft werden, immer wieder aufs Neue. Es scheint, als hätten Sie von der CSU diese Lektion bereits vergessen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Bause. – Jetzt hat sich für die Staatsregierung noch Staatsminister Dr. Huber zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Huber, entschuldigen Sie, mein Fehler. – Ich muss noch bekannt geben, dass zu dem Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Danke für Ihr Verständnis.

(Volkmar Halbleib (SPD): Können Sie noch dazusagen, vom wem?)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter der Staatsregierung werde ich mich jetzt nicht dazu äußern, welchen konsularischen Vertretungen welcher demokratischen EU-Mitgliedstaaten diese Räume zur Verfügung gestellt werden sollen oder nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Ist Orbán demokratisch?)

Ich rekurriere auf den letzten Absatz Ihres Antrages, der die Staatsregierung direkt anspricht. Sie sprechen darin über die Art und Weise, internationale Beziehungen zu pflegen, und darüber, welche internationalen Gesprächspartner man hier auswählen soll und welche nicht. Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen: Die Bayerische Staatsregierung pflegt seit Jahrzehnten internationale Beziehungen, und wir haben

einen sehr engen Austausch mit vielen Nachbarstaaten, vor allem aber mit Staaten aus Mittel- und Südosteuropa, mit vielen EU-Staaten und auch mit USA, Kanada, China oder Japan, wo die Staatsministerin Dr. Merk gerade weilt.

Kaum ein anderes Bundesland ist international so gut und breit verflochten wie Bayern; das dient auch dem Wohle unserer Wirtschaft. Ich darf Ihnen ein Beispiel geben. Der häufigste internationale Gesprächspartner von Ministerpräsident Seehofer ist der tschechische Premierminister Bohuslav Sobotka – ganz nebenbei gesagt: ein Sozialdemokrat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das begrüßen wir ausdrücklich!)

Ich sage an dieser Stelle: Das war ein historischer Brückenbau, der in der Nachkriegsgeschichte so eigentlich noch nicht vorgekommen ist, und es ist ein großer Erfolg unserer bayerischen Außenpolitik, sofern man das so bezeichnen darf.

Ich darf an dieser Stelle auch sagen, dass wir mit der tschechischen Regierung auch nicht in jedem Punkt einig sind. Herr Rinderspacher, es würde mich sehr interessieren, was Sie zum Beispiel zu der tschechisch-sozialdemokratischen Flüchtlingspolitik zu sagen haben, die aus bayerischer Sicht vielleicht ein wenig anders sein könnte.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das haben wir schon mehrfach gesagt, aber ihr nähert euch dem ja an!)

Sie haben in Ihren Reden heute für sich in Anspruch genommen, die Hüter der Demokratie zu sein. Ich darf an dieser Stelle in Erinnerung rufen: Die beiden benannten Politiker – Ministerpräsident Orbán und Ex-Premierminister Cameron – sind beide demokratisch gewählte Regierungschefs bzw. Ex-Regierungschefs, und zwar beide von EU-Staaten. Das müsste einem Demokraten eigentlich etwas sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ja das Problem!)

Ich möchte auch auf diese Drucksache verweisen, auf der unten ausdrücklich steht: "Drucksachen ... sind im Internet unter www.bayern.landtag.de ... abrufbar", und damit sind sie auch weltweit einzusehen. Gleichzeitig werden in dieser Drucksache demokratisch gewählte Ministerpräsidenten von EU-Staaten als "autoritäre Figuren" – wie Viktor Orbán – oder "Europahasardeure" – wie David Cameron – genannt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist er doch!)

Meine Damen und Herren, so etwas können Sie – alleine aufgrund der Diktion, wir sprechen nur über den Stil – in einem Hinterzimmer bei einer SPD-Ortsversammlung sagen, aber nicht in diesem Hause. Das passt nicht.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Cameron kein Hasardeur war, dann weiß ich nicht! – Markus Rinderspacher (SPD): Also, dass Orbán ein Autokrat ist, ist kaum Dissens! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, das scheint jetzt eine Palaverrunde zu werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das kommt immer auf den Redner an!)

– Ich mache es so wie andere: Ich spreche mit meiner Fraktion, dann habe ich wenigstens den Rückhalt, dass ich hier nicht ständig unterbrochen werde.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kollegen, ich sehe eine echte Krise in Europa. Ich sehe eine Krise der Wertegemeinschaft Europa, und zwar deswegen, weil etliche europäische Mitgliedstaaten – übrigens viele davon, die sozialistisch oder sozialdemokratisch regiert werden – sich dieser historischen Herausforderung der Flüchtlingskrise völlig entziehen und so tun, als ginge sie das überhaupt nichts an.

(Beifall bei der CSU)

Um jetzt noch einmal speziell auf das Thema Ungarn zu sprechen zu kommen: Wir pflegen seit vielen Jahren eine sehr enge Beziehung zum ungarischen Volk. Bei der Feier des ungarischen Generalkonsulates in den Räumen des Bayerischen Landtags feiern diese Ungarn gerade nicht ihren Präsidenten, sondern den 60. Jahrestag eines Volksaufstandes, weil sich die Bevölkerung gegen die sowjetische Besatzungsmacht erhoben hat.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist ja das Schlimme dran!)

– Frau Bause ich danke Ihnen für diese historische Reminiszenz, die SPD hat darauf überhaupt keinen Satz verwendet, außer – –

(Margarete Bause (GRÜNE): Das Ungarn von damals und das Ungarn von heute haben nichts miteinander zu tun! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf Sie noch einmal an das erinnern, was Sie gerade vorgetragen haben. Es waren diese Ungarn, die für Deutschland eine große Bedeutung hatten.

(Zuruf: Nicht diese Ungarn! – Unruhe)

– Es gibt nur ein ungarisches Volk, das zurzeit einen demokratisch gewählten Präsidenten hat und vielleicht ein anderes Mal einen anderen Präsidenten wählt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nur mit einem Präsidenten zu sprechen, der bzw. dessen Nase uns gerade gefällt, und mit anderen nicht zu sprechen, weil wir mit deren Wahl nicht einverstanden sind, ist keine Art, Außenpolitik zu machen. Wir werden das anders machen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Unterschied! Sie drücken sich doch um den wahren Kern der Debatte! Sie drücken sich herum! – Unruhe)

Ich finde es höchst verwunderlich, dass Sie uns hier auffordern, internationale Beziehungen davon abhängig zu machen, ob uns die Regierung derzeit gefällt oder nicht.

Sie bringen dafür selbst auch ein Superbeispiel. Sie haben gerade erwähnt, dass Sie in Ungarn waren. Wenn man wissen will, wie es einem Volk geht, wie die politische Situation ist, und man – so, wie Sie das gemacht haben – mit der Opposition spricht, weil die Gespräche mit der Regierung ja kurzfristig gecancelt wurden, dann sagt das viel aus.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Es sagt etwas darüber aus, was Sie unter ausgewogener Meinungsbildung und parteipolitischer Ausrichtung von internationalen Beziehungen verstehen, und es sagt, wie ich bereits ausgeführt habe, sehr viel über Ihr Demokratieverständnis und über Ihren Respekt gegenüber demokratisch gewählten Regierungen aus. Wir haben da eine andere Vorstellung. Wir sprechen mit jedem,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie doch was zu Orbán und seiner Politik! Nicht außen herumreden!)

und wir werden bei jedem dieser Gespräche darauf hinwirken, – –

(Margit Wild (SPD): Wer die Pressefreiheit mit Füßen tritt und wer Sinti und Roma verfolgt – als ob ich mit so jemand reden muss!)

– Also, es ist eine wunderbare Gesprächssituation, wenn eine Fraktion ständig den Mund offen hat. Frau Präsidentin, das ist unglaublich.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, ich denke, was wir hier mit Zwischenrufenerleben, ist durchaus parlamentarischer Gebrauch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Entschuldigung, das war bisher nicht so, dass Sie gestört wurden, und wenn, dann haben wir eingegriffen.

(Unruhe)

Ich erlebe gerade das Gleiche von der Seite. – Herr Staatsminister, Sie haben weiterhin das Wort.

(Anhaltende Unruhe)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Staatskanzlei): Ich danke fürs Zuhören.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Gut. Okay. – Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt, wieder zur Ruhe zu kommen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte Sie, sich jetzt wieder zu beruhigen. Ich möchte darauf hinweisen, dass von beiden Seiten

(Anhaltende Unruhe)

Zwischenrufe kamen. Ich habe auch bei beiden Seiten jeweils zur Glocke gegriffen, wenn ich es für geboten hielt. So werde ich auch weiter verfahren.

(Anhaltende Unruhe)

Das, was wir hier erlebt haben, ist durchaus von der Geschäftsordnung gedeckt. Ich bitte jetzt um Ruhe, ich möchte in der Tagesordnung fortfahren.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, die Frist für die namentliche Abstimmung ist noch nicht abgelaufen. Wir werden die Abstimmung zu diesem Antrag daher nach der Beratung der nächsten Dringlichkeitsanträge durchführen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darf ich jetzt um Ruhe bitten? Auch auf der Regierungsbank! – Danke schön!

(Zurufe von der CSU: Das gibt es ja wohl nicht!)

Was es hier nicht gibt, ist Ihr Benehmen im Moment Ich bitte Sie jetzt wirklich, zur Ruhe zu kommen.

(Zurufe von der CSU – Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Mehrere Abgeordnete der CSU verlassen den Plenarsaal – Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich auch überlegen, was Sie für die, die uns zuschauen, für ein Beispiel geben.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um Aufmerksamkeit. Es schließt sich die nächste namentliche Abstimmung an. Ich komme zurück zu dem ersten heute beratenen Dringlichkeitsantrag. Das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13307. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt worden, die ich jetzt eröffne. Sie haben wiederum fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.02 bis 15.07 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann haben wir zwei Ergebnisse von namentlichen Abstimmungen bekannt zu geben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren – Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag!", Drucksache 17/13307. Mit Ja haben 53 gestimmt und mit Nein 81 bei 15 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.10.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Gedenken an den Freiheitsaufstand der Ungarn 1956 nicht instrumentalisieren - Keine Orbanisierung Europas im Bayerischen Landtag! (Drucksache 17/13307)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			X
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	53	81	15